



Fotos: Max Schwarze - SPD Berlin/Joachim Gern

Liebe Leserin, lieber Leser,

die neue Ausgabe der TS aktuell erhalten Sie im Frauenmonat März. Seit 1911 wird der Internationale Frauentag begangen, natürlich auch in diesem Jahr wieder am 8. März.

Berlin hat mit der Einführung des Internationalen Frauentages als gesetzlichem Feiertag 2019 ein starkes politisches Signal gesetzt. Der Feiertag würdigt historische Verdienste und weist zugleich auf aktuelle Problemlagen hin. Er ist ein wichtiges Symbol dafür, dass wir von echter Gleichstellung trotz vieler Erfolge noch weit entfernt sind.

Gleichstellung ist kein Selbstläufer und muss erkämpft werden. Denn während immer mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, unterscheiden sich ihre Jobs fundamental von denen der männlichen Kollegen. Mehr Teilzeit, weniger Aufstiegschancen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind noch weit verbreitete Phänomene. Gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich, dass Frauen stärker belastet sind, sich etwa trotz Homeoffice um Kinder und Familie kümmern.

In diesem Jahr werden wir wegen der Pandemie keine roten Rosen verteilen können. Aber wir können den Internationalen Frauentag nutzen, um daran zu erinnern, dass noch viel zu tun ist.

Herzlich

Melanie Kühnemann-Grunow
& Lars Rauchfuß

Kreisvorsitzende
SPD Tempelhof-Schöneberg



Franziska Giffey ist die SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2021

Foto: Privat

Berlin ist eine Herzenssache

Franziska Giffey und Raed Saleh lieben ihre Stadt und wollen sie noch besser machen

Vorbilder, Meilensteine, Herzenssache – genau darüber spricht die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey im Interview mit dem Berliner Stadtblatt anlässlich des Internationalen Frauentags.

Vorbilder, das sind Frauen in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen. Meilenstein, das ist ein Gesetz, welches die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft regelt. Und eine Herzenssache? Das ist Berlin, denn die Hauptstadt „gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt“, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey.

Herzenssache Berlin – das ist auch der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD: „Wir wollen an bisherige Erfolge anknüpfen und die Stadt als lebenswerte Metropole weiterentwickeln.“

Nach dieser Devise bilden „fünf B’s“ das Herzstück des Programms: **Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit.** Welche Stadt stellt sich Franziska Giffey konkret vor, was sie außerdem zu den Öffnungen der Schulen und Kitas sagt und wie genau der anfangs erwähnte Meilenstein die Gesellschaft verändern kann, lesen Sie im Interview.

Raed Saleh, Co-Vorsitzender der Berliner SPD, möchte in der Corona-Krise nicht sparen, sondern investieren. Dabei geht es ihm „um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt“, sagt er. Und damit meint er die Beschäftigten in der Gastronomie und im Tourismus, die Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen in der Kultur, Berlinerinnen und Berliner, „die unsere weltweit bewunderten

Clubs betreiben. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende. Vor allem müsse man sich da um die Familien kümmern: Die Pandemie dürfe nicht die Startchancen für viele Kinder verschlechtern.

Eines ist ihm in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Soziale und innere Sicherheit gehören zusammen. „Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner keine Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden“, erklärt er. Keiner solle sich ständig vor Arbeitslosigkeit oder immer höheren Lebenskosten fürchten müssen. Deshalb setzt sich die SPD Berlin für eine starke Berliner Wirtschaft ein und dafür, dass die Bildung weiterhin kostenfrei bleibt. Sicherheit fange aber auch im Kopf an: „Die meisten Menschen sind auf einen starken Staat angewiesen.“

Das heißt für ihn unter anderem mehr Streifen in den U-Bahnhöfen und mehr Kontaktbereichsbeamte. Wie er und Franziska Giffey Berlin nach Corona wirtschaftlich wieder an die Spitze Deutschlands bringen wollen und wie er im Wahlkampf eine Balance zwischen Außen- und Innenstadtbereichen herstellen will, verdeutlicht auch er im Interview.

Franziska Giffey und Raed Saleh versprochen nach dem ersten digitalen Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Jahr, dass sie als Führungsduo vor allem eins sein wollen: nahbar. Diesem Vorsatz folgend ist die SPD-Spitzenkandidatin auf großer „**HerzenssacheBerlin Tour**“, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Die Interviews lesen Sie auf den Seiten 3 und 5

Muss das jetzt sein?

Debatte um Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes

Grüne, CDU und FDP im Bezirk haben durchgesetzt, dass der Kaiser-Wilhelm-Platz Richard von Weizsäcker als neuen Namensgeber erhalten soll.

Viele Menschen im Kiez lehnen diese Vorgehensweise ab. Dass der Platz schon lange einen neuen Namen braucht, ist klar. Dass das ohne Beteiligung abgelaufen ist und ohne eine ausführliche Behandlung im Kulturausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist ein Unding. Der Alleingang macht zweierlei deutlich: Eine Beteiligung der Anwohner*innen war nie gewünscht und der Wille, zukünftige Benennungen nach Frauen zu vollziehen, bleibt vor allem bei den

Grünen ein bloßes Lippenbekenntnis. Bisher gab es einen Konsens zwischen SPD und Grünen, für Um- oder Benennungen Frauennamen auszuwählen. Nur 3 Prozent der Plätze und Straßen im Bezirk sind nach Frauen benannt. Der Nachholbedarf für mehr Gleichberechtigung auch im Stadtbild liegt auf der Hand.

Die Debatte kommt außerdem zur Unzeit. Viele Menschen haben pandemiebedingt ganz andere Sorgen. Die Gewerbetreibenden erst recht. Am Ende bleiben alle im Kiez ratlos zurück und fragen sich jetzt, ob z. B. der Kaiser Kiosk in Zukunft Richard Kiosk heißt.

Michael Biel · Kandidat für das Abgeordnetenhaus von Berlin

Auf die Spielplätze, fertig, los!

Spielplatz-Broschüre mit Übersichtskarten erschienen



Zirkusspielplatz in der Bornstraße in Friedenau. Foto: Justin Sudbrak

Spielplätze sind tolle Orte zum Spielen und Toben für Kinder und Jugendliche. In Berlin ist gesetzlich 1 m² öffentliche Spielplatzfläche je Einwohner*in vorgesehen. Das ist in den dicht bebauten Gebieten in Tempelhof-Schöneberg besonders wichtig und wurde während der Covid19-Pandemie nochmal besonders deutlich.

Für die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg sind Spielplätze ein wesentlicher Bestandteil im öffentlichen Raum. Deshalb hat sie Broschüren für die Ortsteile mit Übersichtskarten zu den Kriterien, die für alle Kinder, Eltern und begleitenden Erwachsenen wichtig sind, zusammengestellt. So kann

man auf einen Blick erkennen, welche Art der Spielgeräte auf dem Spielplatz sind, an welche Altersgruppe sich der Spielplatz richtet oder ob eine Toilette in der Nähe ist.

Außerdem gibt es Informationen zum Beispiel zur Spielplatzkommission. Denn Bürger*innen können Tipps und Anregungen zu Spielplätzen geben, die in der Kommission diskutiert werden. Zudem finden Sie Kontaktdaten, um Beschädigungen oder Verschmutzungen auf Spielplätzen anzuzeigen.

Sie wollen eine Broschüre haben? Schreiben Sie bitte eine E-Mail an: spielplatz@spd-fraktion-ts.de

Manuela Harling
Bezirksverordnete

KURZ NOTIERT

DAS ZENTRUM
ALT-MARIENDORFS SOLL
SCHÖNER WERDEN

Der historische Ortskern Mariendorfs ist gegenwärtig vor allem ein stark belasteter Verkehrsknotenpunkt, der nicht zum Verweilen einlädt. Um das zu ändern, hat die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung die Initiative ergriffen, um am Fuße der Dorfkirche in Alt-Mariendorf zu einer Umgestaltung des Verkehrsraums zu kommen.

So soll die Verkehrslage entlang des Mariendorfer Damms beruhigt und die Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen verbessert werden. Zugleich kann durch eine Neuordnung des aus der Friedenstraße auf den Mariendorfer Damm abbiegenden Verkehrs ein neuer Stadtplatz von der Mittelinsel bis zur Bushaltestelle entstehen. So wird die unübersichtliche, dunkel und ungepflegt daherkommende Situation am „Feuerwehrhäuschen“ spürbar verändert. Der hinzukommende Stadtplatz wäre eine konkrete Verbesserung für die vielen Menschen, die hier täglich umsteigen, und eine Bereicherung für das Ortsteilzentrum Mariendorfs. Bezirks- und Landespolitik sind gefordert, diese Verbesserung in die Tat umzusetzen.

Lars Rauchfuß
Bezirksverordneter & Kandidat
für das Abgeordnetenhaus

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN

(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6, 7)

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222
berlin@spd.de
https://spd.berlin

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

(S. 1 links/unten, 2, 8)

Herausgeber:
SPD Tempelhof-Schöneberg
Kreisvorsitzende Melanie Kühnemann-Grunow
und Lars Rauchfuß (V.i.S.d.P.)
Crellestraße 48, 10827 Berlin

Redaktion: Sarah Walter (Leitung), Manuela Harling,
Ulrich Horb, Francis Laugstien, Eva Liebchen,
Corinna Volkmann, Volker Warkentin

Kontakt:
Kreis.Tempelhof-Schoeneberg@spd.de
www.spd-tempelhof-schoeneberg.de

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätseleinstellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Weibliche Vorbilder nach vorn!

Warum sie besonders für Mädchen und junge Frauen wichtig sind

Mädchen werden auch 2021 in eine Welt geboren, in der an der Spitze von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen zumeist Männer stehen. Studien haben ergeben, dass die fehlende Sichtbarkeit von „Female Leadership“, der weiblichen Führungskraft, ganz konkrete Auswirkungen auf die Zukunftschancen junger Frauen hat.

DER PROBLEMBEHAFTETE
STATUS QUO

Deutschland hat mit Angela Merkel zwar eine Bundeskanzlerin, aber die Bewerber um ihre Nachfolge sind aller Voraussicht nach wieder nur Männer. Auf der lokalen Ebene gibt es neben dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller acht männliche Bezirksbürgermeister, aber nur vier Bezirksbürgermeisterinnen – eine ist die Bürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg Angelika Schöttler (SPD).

Mädchen und jungen Frauen fehlen strukturell weibliche Vorbilder. Das führt dazu, so zeigen es wissenschaftliche Untersuchungen, dass sie sich viel seltener bestimmte Tätigkeiten und Berufe zutrauen und diese letztendlich auch seltener ergreifen. So bleiben weibliche Talente oft unentdeckt. Frauen sind viel seltener politische Entscheidungsträgerinnen, führende Wissenschaft-



Sinem Taşan-Funke

Foto: Noah Triller

lerinnen und Chefinnen von Unternehmen. Der Mangel an weiblichem Führungspersonal auf allen Ebenen führt dazu, dass Frauen vom Vermögenskuchen deutlich weniger

abbekommen als Männer. Die geschlechterspezifische Vermögensdifferenz liegt in deutschen Haushalten bei 32 Prozent – zu Lasten der Frauen. Diese Ungleich-

heiten sind weder hinnehmbar, noch kann es sich unsere Gesellschaft leisten, so viel weibliches Potenzial einfach nicht abzurufen.

FÜHRENDE FRAUEN ALS
SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Um das zu ändern findet seit dem Jahr 2001 jährlich der Girls' Day statt, ein Aktionstag, der Mädchen dazu einladen soll, einen Tag lang männlich dominierte Berufsfelder kennenzulernen. Auch viele Unternehmen aus Tempelhof-Schöneberg sowie das Bezirksamt beteiligen sich jährlich an dem Format. Bundesweit nutzen jedes Jahr über 100.000 Mädchen die Girls' Day-Angebote.

Doch um einen nachhaltigen kulturellen Wandel zu erreichen, braucht es mehr als Aktionstage. Es braucht mehr Frauen, die ihre Hüte für Spitzenpositionen in den Ring werfen. Es braucht mehr Frauen, die vorleben, dass sie genauso selbstbewusst und selbstverständlich wie Männer ihr Potenzial in die Führung von Unternehmen, Parteien oder gesellschaftlichen Bewegungen einbringen. Damit junge Frauen, die heute geboren werden, in der Gewissheit aufwachsen, alles werden zu können, was sie möchten.

Sinem Taşan-Funke · Kandidatin
für das Abgeordnetenhaus

Eva-Maria Buch – ein Vorbild für engagierte Frauen

Ihr kurzes Leben in Tempelhof im Widerstand gegen Krieg und Nationalsozialismus

„Das Schicksal von Eva-Maria Buch hat mich schon als junge Frau Mitte der 80er-Jahre bewegt. Damals fing man an zu schauen, welche Schicksale es in der Nachbarschaft gab“, erzählt Melanie Kühnemann-Grunow. Die aus Lichtenrade stammende Berliner SPD-Abgeordnete ist – wie die am 31. Januar 1921 geborene Buch – im Bezirk Tempelhof aufgewachsen.

Eva Maria Buch, ab Mitte der 30er-Jahre im Mariendorfer Hochfeilerweg lebend, besuchte die St. Ursula-Schule. Als diese unter den Nazis schließen musste, begann die junge Frau eine Ausbildung zur

Dolmetscherin. Geprägt durch das katholische Elternhaus und die konfessionelle Schule, erschütterte sie das Leid, das nationalsozialistische Diktatur und Krieg verursachten. Mehr zufällig traf sie in der Buchhandlung Gsellius auf Wilhelm Guddorf. Er war Mitglied der Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“, für die sie Artikel einer illegalen Zeitung übersetzte. Im Oktober 1942 flog die Gruppe auf und Eva-Maria Buch wurde verhaftet.

Sie wurde vom Reichskriegsgericht 1943 wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Feindbegünstigung“ zum Tode durch das Fallbeil ver-

urteilt. Kühnemann-Grunow hat sich sehr mit der Vita der mutigen Kämpferin beschäftigt: „Dass ich so erschüttert war, lag daran, dass sie noch sehr jung war, als sie zum Tode verurteilt wurde, aber auch daran, dass sie niemanden verraten wollte und dicht gehalten hat.“ Das beeindruckte die Politikerin, solche Frauen waren Vorbild für sie.

Um andere vor der Verhaftung zu schützen, behauptete Buch vor Gericht, ein Flugblatt, das sie übersetzte, auch verfasst zu haben. Der Text war für Zwangsarbeiter deutscher Rüstungsbetriebe bestimmt und forderte sie auf, daran zu denken, dass es die eigenen Angehöri-

gen seien, die von den durch sie gefertigten Bomben zerrissen würden.

Am 5. August 1943 wurde das Urteil im Gefängnis Plötzensee vollstreckt. Ein Gnadengesuch ihrer Eltern wurde von Hitler selbst abgelehnt. Eva-Maria Buch wurde 22 Jahre alt. Der tapferen Frau, deren Geburtstag sich dieses Jahr zum 100. Mal jährt, wird dank des Engagements von Tempelhofer Bürger*innen und Melanie Kühnemann-Grunow gedacht: „Es hat mich sehr gefreut, dass es uns gelungen ist, die Bibliothek in der Götzstraße nach ihr zu benennen.“

Eva Liebchen
Corinna Volkmann

Ein neuer Podcast für Schöneberg

Geschichten aus dem Bezirk gibt es jetzt auch zum Hören

Wer trotz Corona in Kontakt bleiben möchte, muss digitale Formate nutzen. Wiebke Neumann und Michael Biel haben deshalb den „Schöneberg Podcast“ ins Leben gerufen.

Die beiden SPD-Mitglieder kandidieren in ihrem Heimatbezirk für das Abgeordnetenhaus. Zweimal im Monat sprechen sie mit Künstler*innen, Gewerbetreibenden oder Politiker*innen. „Wir wollen in lockerer Atmosphäre über den Kiez reden“, sagt Biel. „Alle Gäste haben etwas mit Schöneberg zu tun.“

So auch Margot Schlönzke. Die Travestiekünstlerin engagiert sich im Regenbogenkiez, dem lesbisch-schwulen Viertel rund um den

Nollendorfplatz. Im Podcast schildert sie die Auswirkungen der Pandemie: Soziale Einrichtungen, queeres Gewerbe aber auch das Motzstraßenfest und der CSD sind bedroht. Laut Biel, Vorsitzender der SPD-Abteilung Schöneberg, wäre das ein Verlust für ganz Berlin. „Der Regenbogenkiez ist ein Ort der freien Entfaltung, der Millionen Menschen jedes Jahr anzieht. Das gibt es sonst nur in San Francisco.“

Druck entsteht auch durch steigende Mieten – ein Problem im gesamten Bezirk. In Folge 1 des Podcast war dazu Kevin Kühnert zu Gast. Der 31-Jährige möchte für Tempelhof-Schöneberg in den Bundestag einziehen.



Alle Folgen des Schöneberg Podcasts von Wiebke Neumann und Michael Biel gibt es auf dein-schoeneberg.de/podcast und in allen gängigen Podcast-Portalen.

Foto: Sebastian Thomas

Bezahlbares Wohnen ist auch der Bezirksverordneten Neumann wichtig: „Wir sind mit dem Thema eingestiegen, weil es aktuell am meisten brennt.“ Speziell schaut der Podcast auch auf die Situation der Gewerbetreibenden. Die meisten Geschäfte im Bezirk sind inhabergeführt. Hohe Ladenmieten drohen die Struktur zu verändern.

Beim Publikum kommt das neue Format gut an und auch das Produzieren macht Spaß. „Wir haben nicht vor, nach den Wahlen aufzuhören“, sagt Neumann. „Schöneberg und die Menschen im Kiez haben noch viele Geschichten, die wir erzählen wollen.“

Francis Laugstien

„Den Menschen zuhören und sie ernstnehmen“

Ein Gespräch mit Franziska Giffey über Meilensteine, Vorbilder und eine Herzenssache

Berliner Stadtblatt: „Herzenssache Berlin“ ist der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD. Was macht die Hauptstadt in deinen Augen besonders?

Franziska Giffey: Berlin gehört mit all seinen verschiedenen Facetten zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt. Mit „Herzenssache Berlin“ wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Das drückt sich in unserem Wahlprogramm aus: Getreu dem Titel bilden die fünf Bs – Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit – das Herzstück des Programms. Dabei wollen wir eine Stadt, die vor allem sicher und sozial ist. Ein Berlin, das innovativ, zukunftsfähig und ökologisch ist. Wir wollen außerdem eine Stadt in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird, eine Metropole der großen Chancen – frei nach dem Motto: Jedes Kind soll es schaffen, seinen Weg zu gehen.

Nicht nur das Wahlprogramm der SPD Berlin trägt diesen Namen, sondern auch deine Tour, die Mitte März beginnt.

Ja, auf der „HerzenssacheBerlin Tour“ möchte ich mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch kommen. Durch die besonderen Treffen folge ich meiner Devise, nach der ich Politik mache: Hingehen, zuhören, anpacken. Wenn wir



Franziska Giffey, Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die kommende Abgeordnetenhauswahl, tourt durch die Bezirke, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Foto: Nils Hasenau

mit den Menschen in Berlin ins Gespräch kommen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden.

Devise ist das Stichwort. In einem Interview mit der BERLINER STIMME zum Thema Bildung sagtest du einmal: Jedes Kind soll es

packen. Nun haben wir eine Pandemie, befinden uns im Lockdown und bis vor kurzem haben Eltern ihre Kinder noch zuhause betreut und unterrichtet. Ende Februar hat Berlin wieder seine Kitas und Schulen geöffnet. Ein wichtiger Schritt?

Diese Entscheidung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern nicht leicht gemacht. Noch vor dem Treffen Anfang Februar habe ich mich für

Öffnungsperspektiven und -schritte ausgesprochen. Zwei Dinge müssen wir dabei immer im Blick haben: das Wohl der Kinder und den Schutz der Gesundheit – für Kinder, Eltern und das Personal. Und eine andere Sache ebenso: Für die Wirtschaft ist entscheidend, dass Mütter und Väter wieder arbeiten und Beruf sowie Familie vereinbaren können – denn eines ist sicher: Kinderbetreuung ist systemrelevant.

Diese Ausgabe des Berliner Stadtblatts beschäftigt sich mit dem Internationalen Frauentag und somit auch mit Gleichstellung in jedem Lebensbereich. So ein Bereich ist beispielsweise die Arbeitswelt, und gerade an den Spitzen deutscher Top-Unternehmen sind Frauen bisher Mangelware. Doch Anfang dieses Jahres gab es doch dazu eine gute Nachricht?

Ja, gemeinsam mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht habe ich ein Gesetz erarbeitet, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst regelt. Und was soll ich sagen: Es ist ein Meilenstein. Wir sorgen dafür, dass es künftig keine frauenfreien Vorstandsetagen in den betreffenden großen deutschen Unternehmen mehr geben wird. Außerdem handeln wir so im Sinne einer zukunftsfähigen, modernen Gesellschaft und schöpfen die Potentiale unseres Landes besser aus.

Leider haben wir über Jahre gesehen: Freiwillig tut sich sehr wenig, und es geht sehr langsam. Dieses Gesetz wird das nun ändern. Qualifizierte Frauen in Führung bereichern das Wirtschafts- und Arbeitsleben, sind Vorbilder. Sie sorgen damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Die neuen Regelungen schaffen mehr Verbindlichkeit, und der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran.

Fragen: Sebastian Thomas

Die fünf großen B's der Berliner Sozialdemokratie

Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit sind die zentralen Themen

BAUEN

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen.

In unserem Wahlprogramm entwarf 2021 setzen wir uns daher klare Ziele: Wir wollen 200.000 neue Wohnungen bis 2030 bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität, des ÖPNV und der Sanierung von Rad- und Fußwegen. Und wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtvorgängig regulieren.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat die Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U7 beschlossen hat. „Berlin braucht ein leistungsfähiges, hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit die Berlinerinnen und Berliner rund um die Uhr zuverlässig an ihr Ziel kommen“, sagt SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die Verlängerung der U7 bis zur Heerstraße in die eine und bis zum BER in die andere Richtung gehöre deshalb schon lange zu den Forderungen der Berliner SPD. „Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung – das ist meine Botschaft seit 2015, als ich Neuköllner Bezirksbürgermeisterin wurde.“ Jeder Ausbau des Liniennetzes in die Außenbezirke hinein sei ein wichtiger Beitrag,

damit Berlin nicht nur in die Dichte und Höhe, sondern auch in die Breite wachsen kann. „Das ist entscheidend für eine gute Zukunft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. So kann auch die klimafreundliche Stadt gelingen“, sagt sie abschließend.

BILDUNG

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus.

Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen legen. Durch einen Ausbau der Kitaplätze, Digitalisierung in Schulen, Kitas und Hochschulen, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und Lehrer*innen und einer Förderung der Erwachsenenbildung ermöglichen wir gute Bildung für alle. Gesellschaftlichen Herausforderungen wollen wir mit exzellenter Forschung begegnen und Berlin als herausragenden Wissenschaftsstandort stärken.

BESTE WIRTSCHAFT

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pan-



Foto: AdobeStock/Pyrosky

demie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein, weswegen wir auf die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und den Abbau per-

kärer Beschäftigungen hinarbeiten. Denn wir wollen sicherstellen, dass alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens vereinbaren können.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.

Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt noch besser für alle in Berlin arbeiten können. Dies wollen wir durch einen noch effizienteren Verwaltungsservice, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie durch verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gewährleisten.

BERLIN IN SICHERHEIT

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Unsere Pläne umfassen die Themen soziale Sicherheit, Justiz und Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie den Kampf gegen Hass, Gewalt, Terror und Vorurteile. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Mehr zum Wahlprogramm online: <https://spd.berlin/wahl>



„Nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich“

Geben Frauen den Ton anders an? Darüber sprach das Berliner Stadtblatt mit zwei weiblichen Berliner Führungskräften

Sie sind beide Frauen, arbeiten in Berlin – und sind Führungskräfte: Barbara Slowik und Stephanie Otto. Erstere ist seit April 2018 Polizeipräsidentin und leitet die größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin. Stephanie Otto ist Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR) – dem größten kommunale Stadtreinigungsunternehmen Deutschlands.

„Um anerkannt zu werden, müssen Männer wie Frauen Leistung zeigen. Ich habe als Frau nie das Gefühl gehabt, dass ich mehr leisten muss als ein Mann“, sagt Stephanie Otto. Anders äußert sich Barbara Slowik: „Als Frau muss man Spitzenleistungen bringen, um gefördert zu werden.“ Ausnahmen gebe es, nämlich da, „wo Frauenanteile bewusst erhöht werden sollen, beziehungsweise dort, wo eine Frau für eine Spitzenposition gesucht wird“.

Einen Unterschied im Führungsstil der Geschlechter zu verallgemeinern, findet die Polizeipräsidentin jedoch eher schwierig. Würde man das hingegen pauschalisieren, denke sie schon, dass Männer Hierarchien, deutlich mehr leben, „während Frauen vielleicht mehr auf den Teamgedanken setzen“. Ein Führungsstil der gegenseitigen Wertschätzung, des Respekts und des Zuhörens, der ihr wichtig ist, sei heute überall gefordert und weit verbreitet. Für Stephanie Otto ist die Frage nach einem Unterschied nicht nur eine Sache des Geschlechts, sondern vor allem der Generation.



Polizeipräsidentin Barbara Slowik (l.) trägt Verantwortung für rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stephanie Otto steht der Berliner Straßenreinigung (BSR) mit 6.000 Beschäftigten vor.

Ein Chef sei früher jemand gewesen, der vermeintlich alles wusste. „Veränderungen passieren heute so schnell, und es gibt unglaublich viele Informationen. Darum braucht es auch eine andere Art der Führung. Eine Führungskraft muss die Menschen in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen, muss Strategie, Lenker, Kommunikator sein.“

Angesprochen auf die Frage, was sie Frauen sagen würde, die eine Führungsposition anstreben, antwortet die Chefin der BSR: „Walk the Talk – reden alleine reicht nicht. Unterstützung bekommt nur, wer seine Regeln und Visionen jeden Tag vorlebt. Und Du bist nur so gut wie Dein Team.“ Barbara Slowik rät dazu: „Trauen Sie sich etwas zu –



Fotos: Polizei Berlin / BSR

viele Frauen hinterfragen oft viel zu sehr Ihre Fähigkeiten.“ Sie würden Anforderungsprofile Punkt für Punkt durchgehen und kritisch prüfen, was sie wirklich erfüllen und was nicht. „Männer lesen solche Profile, wenn überhaupt, häufig quer. Wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen, bewerben sie sich. Frauen könnten mehr in die

Offensive gehen und nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich.“

Sebastian Thomas

Ein Interview mit Barbara Slowik und Stephanie Otto finden Sie hier:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauen-fuehrungskraefte-slowik-otto>

Es macht die Gesellschaft besser

Der Frauentag erinnert die Geschlechter daran, für Gleichstellung zu kämpfen

Was macht den 8. März so besonders? Eine Antwort darauf geben Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende, und ihre Stellvertreterin Iris Spranger.

Jedes Jahr am 8. März haben wir Frauen Grund zu feiern. Dieses Datum erinnert uns daran, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort ist. 2020 brachten wir ressortübergreifend die erste Gleichstellungsstrategie des Bundes auf den Weg. Zum allerersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik starteten wir ein Bundesförderprogramm gegen Gewalt an Frauen. Doch es gibt noch viel zu tun. Bereits vor der Pandemie arbeiteten viele Frauen in systemrelevanten Berufsgruppen. Sie halten den sprichwörtlichen Laden am Laufen – jedoch: Wie Männer bezahlt werden sie nicht, obwohl sie in der Krise die meisten Lasten tragen. Deshalb setzen wir uns für Entgeltgleichheit und die Beseitigung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ein. Genauso sollten Frauen die gleichen Chancen bekommen – in der Wirtschaft, in der Politik, wo sie Führungspositionen besetzen.

Dasselbe gilt in den Familien: Väter und Mütter sollen sich gemeinsam um den Haushalt kümmern und Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufteilen können. Gleichstellung macht unsere Gesellschaft besser. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen gefordert, denn nur partnerschaftlich lässt sich wirklich etwas bewegen.

Überdies ist der Frauentag in Berlin ein Feiertag. Dafür hat sich



Iris Spranger (l.) und Franziska Giffey am 5. März 2019 auf einer Pressekonferenz zum Internationalen Frauentag. Berlin hat als erstes und bisher einziges Bundesland den Frauentag zum Feiertag gemacht. Foto: Markus Frenzel

die Berliner SPD eingesetzt und darauf sind wir sehr stolz. Als der Frauentag in Berlin Feiertag wurde, war es schön zu wissen, dass man etwas geschaffen hat, das bleibt. Der Kampf für Frauenrechte ist jedoch noch nicht vorbei: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aktueller denn je. Längeres und näheres Zusammensein bedeutet für erschreckend viele nicht Langeweile als größte Sorge, wie oftmals behauptet wird, sondern blanke Angst vor den Launen des Partners.

Und wir wollen Parität in den Parlamenten. Wir als SPD sind

überzeugt davon, dass all die Probleme, die eben besonders für Frauen wichtig sind, auf Dauer nur gelöst werden können, wenn diese durch Frauen in den Parlamenten angegangen werden können.

Franziska Giffey
Iris Spranger

Ein Interview mit Iris Spranger zu diesem Thema finden Sie online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-frauen-feiertag>

Historie des Frauentags

Historikerin Gisela Notz erzählt von den Hintergründen

Am ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 gingen unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ mehr als eine Million Frauen in USA, Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen, so war es bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen beschlossen worden.

Seitdem haben wir einiges erreicht. Dennoch bleiben Wünsche offen, auch wenn seit 1949 der Grundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ zu den Grundrechten gehört.

„Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein“, so war der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften in der „Gleichheit“ vom 13. März 1911 überschrieben.

Der Internationale Frauentag wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, für eine humane, emanzipatorische Gesellschaft; gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. 1921 sollte einheitlich auf der ganzen Welt der 8. März der Internationale Frauentag werden.

In den folgenden Jahren erlebte die Frauentagsbewegung Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet.

De facto ging es in der Frauenfrage während der 111 Jahre nur langsam voran. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass sich Frauen öfter trauen, öffentlich gegen das ungeheure Unrecht der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung anzukämpfen.

Der Internationale Frauentag sollte ein Kampftag bleiben. Denn die soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und die Antwort auf die ganze Frauenfrage, mit der die Forderung zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollte, steht auch heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Frauentag formulierte: „Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel.“ Dieses Ziel sei „erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt.“

Um darauf hinzuarbeiten, braucht es breite Bündnisse von allen Menschen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, nicht einverstanden sind. Nach wie vor geht es um den Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes, gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechtes.

Gisela Notz

„Was wir brauchen ist ein Kulturwandel“

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci spricht über Frauen in systemrelevanten Berufen und Führungspositionen

Berliner Stadtblatt: Ob nun als Pflegekraft, medizinische Fachkraft, Erzieherin oder Kassiererin: Frauen schultern in der Corona-Pandemie in systemrelevanten Berufen den größten Anteil der Lasten: Liebe Dilek, glaubst du, dass durch die Krise genannte Berufe aufgewertet werden oder wurden?

Dilek Kalayci: Durch die Corona-Pandemie hat sich erneut die enorme Bedeutung systemrelevanter Berufe gezeigt, die zu einem großen Teil von Frauen geleistet werden. Gerade die SAGHE-Berufe, also Soziale Arbeit, Gesundheit, Hauswirtschaft und Erziehung, gewährleisten eine Fortführung unabdingbarer gesellschaftlicher Abläufe. Um dieser Leistung gerecht zu werden, braucht es nicht nur Applaus, sondern eine Aufwertung dieser Berufe.

Auch vor der Corona-Pandemie hat sich Berlin für eine solche Aufwertung stark gemacht. Die Kampagne „Pakt für Pflege“, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ins Leben gerufen wurde, hat die Aufwertung von Pflegeberufen zum Ziel. Die Unterzeichnenden sind zahlreiche Verantwortliche aus der Pflege- und Gesundheitsbranche, die sich zu konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege verpflichten. Konkret in den Bereichen bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung, bessere Vergütung in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.



Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci wünscht sich Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrer Sache machen und die passende Lösung dafür selbst entwickeln.

Foto: SenGPG/Nils Bornemann

Zusätzlich dazu strebt Berlin eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals an. Bundesweit wurde die Ausbildungsoffensive in der Pflege gestartet, die die notwendig gewordene Umstrukturierung und die Verdopplung der Ausbildungszahlen aus dem Pakt für Pflege vorantreibt. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in

der Berlin ein Mitglied ist, den Sozial- und Erziehungsdienst deutlich aufgewertet: die Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wurden ab 2020 grundsätzlich verbessert.

Obwohl damit schon wichtige Schritte getan wurden, müssen weitere Maßnahmen folgen, die die

Aufwertung der systemrelevanten Berufe vorantreibt.

Anfang dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Frauenquote in Unternehmensvorständen. Wie sieht es im Vergleich mit den Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin aus?

In der öffentlichen Verwaltung hat das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Früchte getragen: In den obersten Landesbehörden zum Beispiel stieg der Frauenanteil in den vergangenen 20 Jahre in den Referatsleitungen von 17 auf 47 Prozent und in den Abteilungsleitungen von 10 auf 44 Prozent. Seit der LGG-Novelle 2010 gilt das LGG auch für die Berliner Landesunternehmen.

In Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungsunternehmen konnte Berlin den Frauenanteil der von Berlin zu besetzenden Mitglieder in den Aufsichtsräten auf 53 Prozent steigern, und bei den Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sind inzwischen knapp 39 Prozent erreicht worden. Das ist eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung. Im Vergleich zu den Zahlen im Bund steht das Land Berlin, besonders bei den Geschäftsführungsbeziehungsweise Vorstandspositionen sehr gut da. Während im Bund nur 15,2 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt sind, sind es in Berlin 41,5 Prozent.

Wie können oder sollten Berliner Unternehmen zu einer besseren

Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen?

Die Träger der Kampagne „Gleichstellung gewinnt“, also die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin und der IHK Berlin, stehen auf dem Standpunkt: Wir haben in der Berliner Wirtschaft gut bewährte Lösungsstrategien und immer neue innovative Vorbilder – für kleine Betriebe, für große Unternehmen, ob in der IT-Branche oder in einem klassischen Handwerk. Unbestritten ist, dass manche Unternehmen dafür weniger Gestaltungsspielraum haben als andere. Das kann finanzielle oder zeitliche Gründe haben und an den besonderen Anforderungen der Branche selbst liegen. Was wir brauchen, sind mehr Unternehmen, die die Vereinbarkeit wirklich zu ihrer Sache machen und die passende Lösung für sich selbst entwickeln, sprich: einen Kulturwandel.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauentag-kalayci/>



Das Ideal der Berliner SPD ist eine bezahlbare Stadt

Warum der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh in der Corona-Krise nicht sparen möchte, erzählt er im Stadtblatt-Interview

Berliner Stadtblatt: Das Wahlprogramm der SPD Berlin enthält neben den bekannten fünf B's auch Themen, die vielleicht nicht alle unmittelbar betreffen, jedoch trotzdem enorm wichtig sind: Welche sind das, und warum?

Raed Saleh: Es ist ganz wichtig, dass wir eine gute Balance zwischen Außen- und Innenstadtbereichen hinbekommen. Das ist für mich, genauso wie die Frage der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, eine Querschnittsaufgabe. In allen Bereichen müssen wir also auch die Außenbezirke oder die Nachhaltigkeit mitdenken. Beispielweise bei den fünf B's, die du gerade erwähnt hast. Hier ist für mich sehr wichtig, dass wir gerade auch in den Außenbezirken ein gutes Stück weiterkommen: also bessere Bildung, mehr Bauen, noch bessere Wirtschaft, mehr Sicherheit und vor allem auch Sauberkeit der Kieze, beschleunigte Verfahren in den Ämtern. Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die vielen Tausend Kleingärten in der Stadt. Diese müssen wir schützen und erhalten.

Berlin war vor der Corona-Lage an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland: Du willst dahin nach der Krise zurückkehren – wie?

Wir bekommen eine weiterhin wachsende Wirtschaft nur hin, wenn sich die Wirtschaft bei uns auch wohlfühlt. Dafür arbeitet die SPD seit vielen Jahren. Franziska Giffey und ich haben immer gesagt,

dass wir den roten Teppich für neue Investoren ausrollen werden. Und das ist in der Tat wortwörtlich zu verstehen: Bei uns finden Unternehmenschefs immer ein offenes Ohr. Wir werden alles Mögliche möglich machen, damit neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Siemens Energy, Tesla oder auch BASF sind da gute Beispiele, wie es zuletzt sehr gut geklappt hat. Wer bei uns Geld investieren will, der bekommt von uns die volle Unterstützung. Es muss nur eines gewährleistet sein: Die Löhne müssen fair und die Arbeitsbedingungen korrekt sein.

„Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an.“



Raed Saleh

Die SPD Berlin denkt soziale und innere Sicherheit zusammen – warum ist das so wichtig?

Nur wenige Menschen können sich ihre Sicherheit selbst leisten. Aber die meisten Menschen sind dafür auf einen starken Staat angewiesen. Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an. Deswegen ist



Der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh möchte Unternehmen unterstützen: Voraussetzung dafür sind laut seiner Aussage faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen

Foto: Privat

die subjektive Sicherheit genauso wichtig. Mehr Streifen in den U-Bahnhöfen, mehr Kontaktbereichsbeamte, mobile Wachen sind dafür die Voraussetzung. Für mich gehört tatsächlich beides zusammen: die Sicherheit der Menschen in ihrem Kiez und die soziale Sicherheit. Genauso wie sich Menschen auf der Straße sicher fühlen müssen, müssen sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche und soziale Lage haben. Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden. Sie dürfen nicht ständig

Arbeitslosigkeit oder immer höhere Lebenskosten fürchten müssen. Deswegen setzen wir uns ja eben auch für eine starke Berliner Wirtschaft ein und haben etwa die Bildung – von der Kita bis zur Uni – komplett gebührenfrei gemacht. Unsere Vision von der bezahlbaren Stadt ist für uns das Leitbild für mehr soziale Sicherheit für alle.

In der Pandemie-Lage betonst du immer wieder: „In der Krise muss investiert und nicht gespart werden!“ Was bedeutet das, vor allem für Berliner Familien?

Wir können es momentan überall beobachten – die Corona-Krise trifft uns alle. Wirtschaftlich sind manche aber besonders hart getroffen. Die Beschäftigten in der Gastronomie, dem Tourismus, die vielen Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer in den verschiedensten Branchen, all die Menschen in der Kultur, die Berlinerinnen und Berliner, die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben und viele mehr. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten, und wir müssen Vertrauen schaffen. Wir werden alles uns Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz aller Menschen in unserer Stadt abzusichern. Vor allem müssen wir uns da natürlich um die Familien kümmern. Es darf nicht sein, dass die Viruspanemie die Startchancen für viele Kinder verschlechtert.

Ganz klar, wir wollen und wir werden auch weiterhin für alle Berliner Kinder und alle Bürgerinnen und Bürger kämpfen, damit niemand benachteiligt wird. Es geht um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/bezahlbare-stadt-saleh/>



Nicht hereinfliegen

Schnellschuss vermeiden

Gespräch mit Stefanie Elies (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die Hälfte der Macht für Frauen muss auf rechtssicheren Füßen stehen

Berliner Stadtblatt: Rechte Akteuerinnen und Akteure machen in der Corona-Pandemie gegen ein modernes Familienbild mobil. Das war jedoch schon vorher der Fall. Was ist in der Corona-Krise anders?

Stefanie Elies: Die Corona-Krise ist eine Zeit der Verunsicherung, die sich Rechtspopulist:innen zunutze machen. Es ist auch eine Zeit, in der Verschwörungsmythen Hochkonjunktur haben, wie wir bei den Demos gegen die Corona-Maßnahmen gesehen haben. Rechte Akteuerinnen und Akteure nutzen diese Tendenzen, um ihre antifeministischen Ideologien zu verbreiten und neue Allianzen zu schaffen.

Mit Blick auf die Lockdowns sprechen Teile der Wissenschaft in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit von einem „Rollback“...

Im Lockdown bleibt die Fürsorge- und Erziehungsarbeit in den Familien vor allem wieder an den Frauen hängen. Zwar zeigt sich, dass Männer inzwischen mehr zu gerechterer Verteilung dieser Aufgaben beitragen, aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit liegt nach wie vor bei den Frauen.

Am Anfang der Pandemie gab es großes Verständnis in der Bevölkerung für das Regierungshandeln. Im Verlauf der Pandemie nahm dies jedoch ab – das zeigte sich insbesondere auf Corona-Demos. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Bei den derzeitigen komplexen Herausforderungen wächst bei vielen das Bedürfnis, Schuldige auszumachen, und das sind oft „die Politik“ oder „die da oben“. Diese Vereinfachungen erklären auch, warum plötzlich so unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei den Corona-Demos nebeneinander auftauchen: So unterschiedlich ihre Beweggründe sind, sie haben ein gemeinsames Ventil für ihren Unmut und teilen das gleiche Feindbild, die Corona-Maßnahmen.

Auf den Demos wurden auch Familien gesichtet – Seit’ an Seit’ mit Rechtsextremist:innen. Warum verfangen hier Vorstellungen eines rückwärtsgewandten Familienbildes?

Tendenzen zur Retraditionalisierung von Rollenbildern und zum Antifeminismus sind in der Mitte der Gesellschaft durchaus anschlussfähig, wie unsere Studien zeigen. Rechtsextreme und -populisten haben bei den Demos auch eine neue Strategie an den Tag gelegt, indem sie ihre Propaganda und Mobilisierung unter dem Deckmantel des Kindeswohls tarnen. Hier muss man aufpassen, dass besorgte Eltern nicht auf diese Taktiken hereinfliegen.

Fragen: Sebastian Thomas

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme-antifeminismus-corona>

Frauen stellen gut die Hälfte der Bevölkerung, dennoch wird Politik mehrheitlich von Männern gemacht. Im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Quote der Frauen ständig gesunken – von 39,6 Prozent im Jahr 2006 auf 33,1 Prozent im aktuellen Parlament. Doch viele Entscheidungen haben Auswirkungen auf Frauen. Wir müssen die Aufgabe lösen, wie wir diese Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament verringern können.

Ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist ein Paritätsgesetz. In Frankreich wurde ein solches Gesetz bereits vor über 20 Jahren durch eine Verfassungsänderung eingeführt. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten gescheitert. „Die Vorgabe einer paritätischen Besetzung von Landeslisten verletzt die passive Wahlrechtsgleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten“, so die Brandenburger Verfassungsrichter:innen. Damit scheidet nach unserer Auffassung eine Lösung aus, die gesetzliche Vorgaben an die Parteien zur geschlechterquotierten Aufstellung der Kandidat:innen macht.

Das Grundgesetz sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Dieser Gleichheitsgrundsatz macht es erforderlich, dass der Gesetzgeber aktiv wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen verringert und abbaut.



Sven Kohlmeier und Derya Çağlar arbeiten an einem rechtssicheren Paritätsgesetz mit.

Foto: Privat

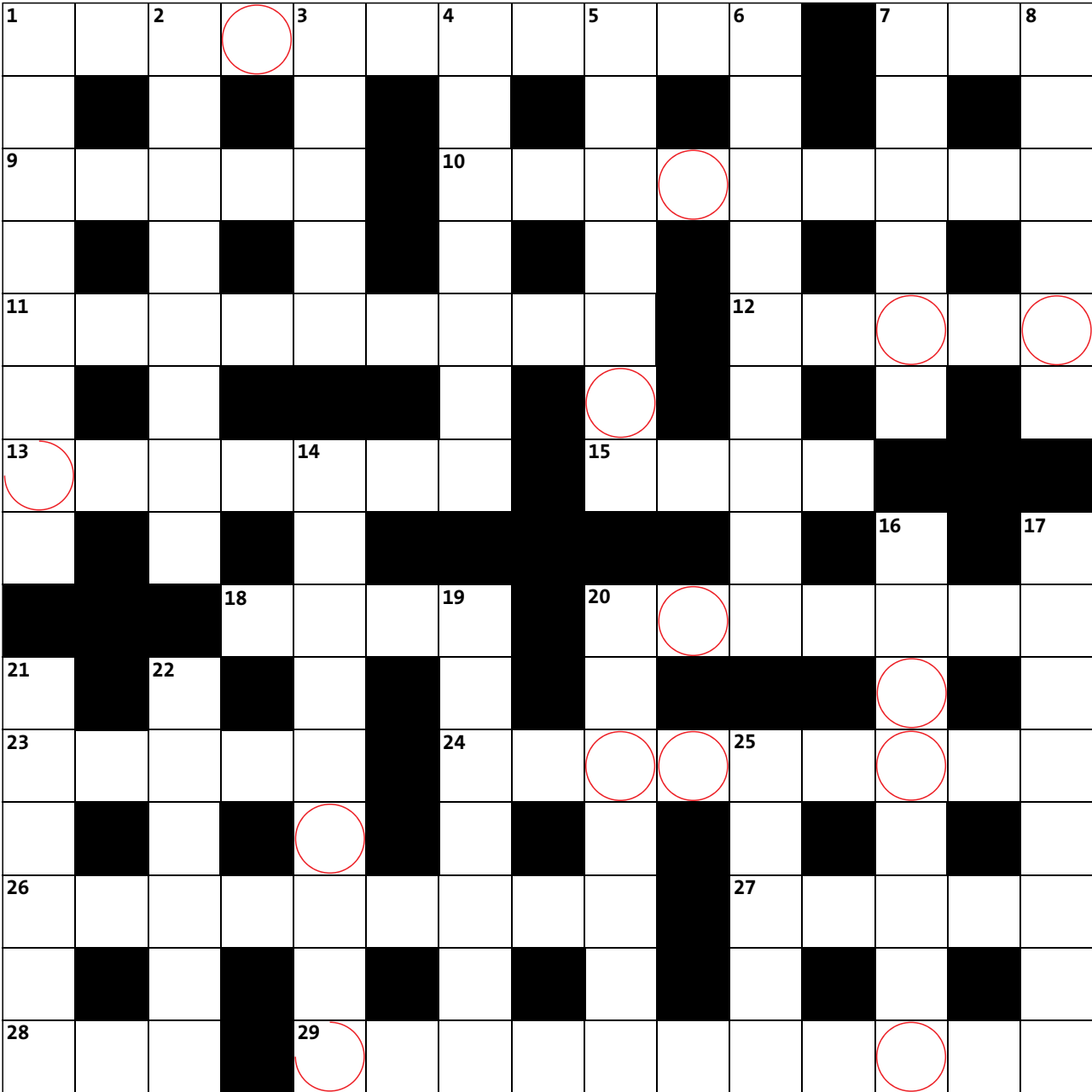
Die Urteile in Brandenburg und Thüringen machen die Herausforderung deutlich, vor der wir stehen. Die beste Lösung wäre eine Verfassungsänderung. Diese ist leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir auf Landesebene mit einem Landesgesetz tätig werden. Dabei hilft es niemandem, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich später als verfassungswidrig heraus-

stellt. Gemeinsam mit Jurist:innen und Fachpolitiker:innen aus Fraktion und Partei beraten wir seit Monaten, um für Berlin eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und können bald Ergebnisse präsentieren.

Diese werden in der Gesellschaft vielfältig diskutiert werden, und das ist auch gut so. Natürlich ist heute schon absehbar, dass die konservative und rechte Fraktion im Berliner Parlament mehr Beteiligung von Frauen im Parlament ablehnen und gegen ein Berliner Gesetz klagen werden. Deshalb gilt für uns: Besser rechtssicher als ein verfassungswidriger Schnellschuss.

Sven Kohlmeier, MdB
Derya Çağlar, MdB

BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Meistens (leider) Frauensache
- 7 Traute
- 9 Koseform von Heinrich
- 10 8. März
- 11 Blechschaden folgt
- 12 Nachbar im Osten
- 13 so sollte es zwischen Männern und Frauen zugehen
- 15 Besch ... ss
- 18 um seine Gleichheit kämpfen Frauen seit Jahrhunderten
- 20 Arbeiter, der mit flüssigem Metall umgeht
- 23 nie zu niedrig, oft zu hoch
- 24 umweltfreundliche Folie aus Cellulose
- 26 radikaler Zweifel, Ablehnung
- 27 sie gehört zu den höchsten Laubbäumen in Europa
- 28 Berliner Kindl
- 29 Schnaps, Zigaretten, Cannabis

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Schuppenkriechtier
- 2 Wurmkraut
- 3 heidewüchsiger Frauenname
- 4 kluger Vortrag
- 5 spüren, wittern
- 6 Dachhaut
- 7 Industriegewerkschaft mit 420.000 Frauen
- 8 gute Eigenschaft
- 14 französisches Frühstücksgebäck

- 16 Deutschlands Nachbar im Südosten
- 17 Obst und Gemüse für Salatverächter
- 19 Kopie, Replikat
- 20 schwach, vorsichtig
- 21 entweder in der Schüssel oder vom Zehner
- 22 erste Bundestagspräsidentin
- 25 österreichische Sahne

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine politische, wirtschaftliche und soziale Selbstverständlichkeit, um die (leider) noch gestritten werden muss.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.03.2021 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs „Young Rebels“ von Benjamin und Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer. Zu diesem Buch finden Sie auf Seite 7 eine Rezension. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS „YOUNG REBELS“ · MEHR ÜBER DAS BUCH AUF SEITE 7

Mit der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya

Das außergewöhnliche Leben der Berliner Jüdin Jael Botsch-Fitterling

Eine gemütliche, 90 Jahre alte, mit Büchern vollgestellte Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz. Wir sind in der Berliner Geschäftsstelle der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit der jüdischen Vorsitzenden verabredet. Jael Botsch-Fitterling ist die wohl prominenteste Vertreterin der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Berlin. Die engagierte Sozialdemokratin hat eine ganz besondere Biografie.

Jael Botsch-Fitterling hat sowohl von Geburt die palästinensische, nach der Staatsgründung die israelische und rückwirkend von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Vater Walter Schachtel, geboren 1907, war ein richtiger „Berliner Jung“. Er wurde Wirtschaftsjournalist, erlebte die Straßenschlachten mit den Nazis und wusste: Wenn Hitler an die Macht kommt, setzt er um, was er in „Mein Kampf“ den Juden angedroht hatte. Im Mai 1933 wanderte der Junggeselle ins britische Mandatsgebiet Palästina aus. Er wurde Fahrer der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya an der Grenze zum Libanon. Eine junge Frau, die ihr Medizinstudium in Hamburg hatte abbrechen müssen, fuhr oft mit. Sie verliebten sich, heirateten, vier Söhne und eine Tochter kamen zur Welt. Jael wurde 1941 in Jerusalem geboren.

Als Deutschland zehn Jahre nach dem Krieg die Juden zur Rückkehr einlud, packte die Familie Schachtel



Jael-Botsch Fitterling kommt im Jahr 1941 zur Welt. Das kleinere Bild zeigt sie als Kind. Sie sitzt auf dem Fahrsitz der Buslinie 24. Diesen Bus hat ihr Vater damals von Haifa nach Nahariya gesteuert. Fotos: Ulrich Rosenbaum/Privat

die Sachen und ging über Paris nach Frankfurt. Vater Walter hatte in seinem alten Beruf zwar wenig Glück, fand aber Anstellung bei der Stadt Frankfurt. Jael machte ihr Abitur, begann in Frankfurt zu studieren, doch dann zog es sie an die FU Berlin. Sie war in der 68er-Bewegung aktiv, war Mitbegründerin des Republikanischen Clubs, war nach dem Examen vierzig Jahre Lehrerin in Steglitz, zunächst am Fichten-

berg-Gymnasium und zuletzt an der Kopernikus-Gesamtschule Studienleiterin für Biologie, Physik und Chemie an Steglitzer Gymnasien.

Aus ihrer ersten Ehe mit dem Radiologen Hanno Botsch vom Klinikum Steglitz stammen zwei Söhne. Micha ist Kinderarzt in Gropiusstadt, Gideon als Professor an der Uni Potsdam Experte für Antisemitismus und Rechtsextremismus.

In zweiter Ehe ist Jael Botsch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Fitterling verheiratet. Beide wurden bekannt mit dem Projekt der Spiegelwand nahe dem Rathaus Steglitz und der einstigen Wolfenstein-Synagoge, die die Namen der von den Nazis ins Gas geschickten Mitbürger:innen auflistet. Es war nicht einfach, das Vorhaben gegen fadenscheinige Argumente der CDU durchzusetzen.

Schon als Studentin hat sich Jael Botsch-Fitterling für die christlich-jüdische Zusammenarbeit engagiert. Und auch in der jüdischen Gemeinde in den Zeiten des legendären Heinz Galinski. Sie war in der Gemeinde für das Bildungswesen zuständig und wesentlich an der Gründung einer jüdischen Grundschule beteiligt.

Wie kommt sie mit der durch russische Einwanderer erheblich angewachsenen jüdischen Gemeinde heute klar? „Ich bin Demokratin“, sagt sie, auch wenn sie am Ende vergebens für die Repräsentantenversammlung wiederkandidiert hatte. Wichtig ist ihr, dass das Judentum in Berlin unter dem Strich liberal ausgerichtet ist.

Und wie steht es um den Antisemitismus heute? Kann man in Berlin als Jude sicher leben? „Manchmal denke ich nach, ob das für meine Enkel noch der richtige Ort ist.“ Als sie noch in Steglitz Schüler unterrichtete, gab es keine Probleme. Sie hat mehrfach Schüler-Reisen nach Israel organisiert, die sehr gefragt waren. Sie sind auch immer nach Nahariya gefahren. „Dann war ich dort eine Deutsche“, sagt sie. „Aber im Herzen bin ich immer Israelin geblieben.“

In diesem Sommer wird Jael Botsch-Fitterling 80 Jahre alt und darf auf ein ganz besonderes Schaffen zurückblicken.

Ulrich Rosenbaum

Lehrkraft und Elternteil in einem

Bei Anselm Mattes und Bettina Keller trifft Homeoffice auf Homeschooling

Im Hause Mattes und Keller gibt es an diesem Tag Ratatouille, Reis und Schupfnudeln zum Mittag – vorgekocht. „In der Pandemie haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, einmal die Woche groß einkaufen zu gehen und das Mittagessen für jeden Tag bereits am Wochenende vorzubereiten“, erklärt Anselm Mattes. So wolle die Familie viele Kontakte vermeiden.

Seine beiden Söhne Jakob und Konrad decken derweil den Tisch. Normalerweise wären sie um diese Zeit in der Schule: Jakob in der sechsten, Konrad in der vierten Klasse. Doch durch die Pandemie ist das öffentliche Leben in Berlin nicht zum ersten Mal weitestgehend heruntergefahren, was für Familien bedeutet: Homeoffice und Homeschooling.

Anselm Mattes und seine Freundin Bettina Keller arbeiten beide in Vollzeit – sie als Professorin an der Freien Universität Berlin und er bei einem Beratungsunternehmen. „Vor knapp einem Jahr wurden unsere Jobs quasi über Nacht fast vollständig auf Videokonferenzen umgestellt. Im Prinzip können wir beide gut von zuhause aus arbeiten.“, erklärt der 40-Jährige. Nur Bettina Keller muss für manche Sachen noch zur Universität fahren. Bei der Kinderbetreuung fanden beide auch schnell eine Lösung: „Am Anfang haben wir uns tageweise bei der Schulunterstützung unserer Kinder abgewechselt“, erzählt Anselm Mattes. Die Umstellung auf Homeschooling war jedoch, wie er sagt, mühsam: „Wir bekamen von fünf bis sechs Lehr-



Aushilfslehrer und Elternteil in Personalunion: Vater Anselm Mattes löst zusammen mit seinen beiden Söhnen Schulaufgaben. Foto: Sebastian Thomas

kräften für zwei Kinder Aufgaben zugeschickt – auf unterschiedlichen Kanälen zu verschiedenen Zeitpunkten mit wechselnden Fristen.“ Das habe viel Zeit und Nerven gekostet, auch weil ständig seine Kinder in der Tür standen und nicht weiterwussten. „Es war anstrengend, neben dem eigentlichen Beruf Aushilfslehrer zu sein“, sagt er. Unterstützung erhielten sie zu diesem Zeitpunkt von Bettinas Vater: Er übernahm mehrmals in der Woche den Matheunterricht – per Videokonferenz aus Stuttgart. „Die Heimbeschulung funktioniert seit

dem erneuten Schließen der Schulen Ende 2020 etwas besser als am Anfang“, erzählt Anselm Mattes. „Die meisten Lehrkräfte sind besser organisiert, es gibt klarer strukturierte Wochenpläne, teils regelmäßige Videokonferenzen, festere Rückmeldekanaäle und Fristen.“

Mittlerweile bekommen seine Kinder die Schularbeiten auch weitestgehend allein hin. Das Mittagessen ist inzwischen vorbei: Anselm Mattes erwartet die nächste Videokonferenz, seine Kinder lösen währenddessen weiter Schulaufgaben.

Sebastian Thomas

Die Welt verändern

Das Buch „Young Rebels“ erzählt von jugendlichem Mut

Ein 15-jähriges Mädchen setzt sich am 20. August 2018 mit einem weißen Schild vor das schwedische Parlament. Darauf steht: „Skolstrejk för klimatet – Schulstreik für das Klima“. Durch die Aktion löst sie eine weltweite Klimabewegung aus.

Fünf Monate zuvor spricht eine 18-jährige US-Amerikanerin auf dem „March for Our Lives“ in Washington D.C.. Ihre Rede dauert sechs Minuten und 20 Sekunden – genau so lange, wie der Amoklauf am 14. Februar 2018 an ihrer Schule. Durch ihren Protest werden später die Waffengesetze in ihrem Heimatbundesstaat Florida verschärft.

Eine elfjährige Pakistanerin bloggt am 3. Januar 2009 zum ersten Mal für die englische BBC über den Alltag unter dem Regime der Taliban. Sie macht sich für die Rechte von Mädchen stark – vor allem für deren Recht auf Bildung. 2012 überlebt sie schwer verletzt ein Attentat der Terrorgruppe, doch: Sie macht weiter. Zwei Jahre später erhält sie den Friedensnobelpreis.

Die Namen: Greta Thunberg, Emma González und Malala Yousafzai. Die drei Mädchen eint eine Eigenschaft: Alle drei sind junge Rebellinnen – „Young Rebels“. Das gleichnamige Buch aus dem Hanser Verlag beleuchtet neben den drei genannten Aktivistinnen den Werdegang 22 weiterer Jugendlicher. Junge Menschen, die die Welt verändern.

Benjamin Knödler, Online-Redakteur bei der Wochenzeitung der Freitag, hat den Band zusammen mit seiner Mutter und Publizistin

Christine Knödler geschrieben. Die Illustration des Buches übernahm die freischaffende Designerin Felicitas Horstschräfer. Die Kombination aus journalistischem Schreiben und eindrucksvollen Abbildungen zählt sich aus: Die Beiträge zu den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten sind spannend geschrieben, jeder neue Buchabschnitt wartet am Anfang mit einem ganzseitigen Porträt der Aktivistin, des Aktivisten auf, eine Zusammenfassung in jedem einzelnen Kapitel verschafft der Leserin, dem Leser einen Überblick. Kurzum: Es macht das gesamte Werk einfach lebendig.

Die Geschichten an sich erzählen gemäß dem Titel auch von jungem Rebellentum. Dabei wird deutlich, dass die Gründe für das jugendliche Aufbegehren jedes Mal verschieden sind: Mal möchte der junge Mensch, dass endlich mit einer unsäglichen Sache Schluss gemacht wird (Greta Thunberg), andernorts hat der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht (Emma González), mal ist eine junge Frau das Opfer der sie umgebenden Lebensumstände, was sie zum Widerstand bringt (Malala Yousafzai). Was alle Jugendlichen hingegen gemeinsam haben, ist Mut. Eines ist nach der Lektüre sicher: Vieles ist von diesen Jugendlichen noch zu erwarten.

Sebastian Thomas

Young Rebels – 25 Jugendliche, die die Welt verändern!

Benjamin Knödler, Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschräfer. Hanser Verlag 2020. 192 Seiten. 18,00 Euro

SPRECHSTUNDEN

TRETEN WIR IN KONTAKT



Mechthild Rawert, MdB

Mechthild Rawert (SPD), Ihre Abgeordnete im Deutschen Bundestag, möchte mit Ihnen in Kontakt treten und bietet Telefonsprechstunden an.

Wann?

Jeden ersten Dienstag im Monat von 17–18.30 Uhr

Nächste Termine: 6. April, 4. Mai, 1. Juni

Kontakt telefonisch: 030/7895 3020

E-Mail:

Mechthild.Rawert.wk01@bundestag.de

**TELEFONSPRECHSTUNDE
GESUNDHEIT, INKLUSION,
PFLEGE**

**Sağlık, İçerme,
Kaynaştırma, Bakım:
Siz sorun – biz cevaplayalım!**

Als Ansprechpartnerin steht Güllü Kuzu, Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von Mechthild Rawert in Lichtenrade zur Verfügung. Das Gespräch kann in deutscher und in türkischer Sprache erfolgen.

Lütfen Güllü Kuzu ile, Sağlık ve Bakım yönetimi, iletişime geçmekten çekinmeyin.

Wann?

Jeden dritten Montag im Monat von 12–15 Uhr

Nächste Termine: 15. März, 19. April, 17. Mai, 21. Juni

Jeden dritten Freitag im Monat von 10–13 Uhr:

Nächste Termine: 19. März, 16. April, 21. Mai, 18. Juni

Kontakt telefonisch: 030/7007 4360

oder 0176 50 65 58 10

E-Mail:

Mechthild.Rawert.wk06@bundestag.de

Little Hollywood in Tempelhof

Berliner Union Film: Auf dem legendären Gelände am Tempelhofer Feld tut sich was

In den Berliner Union-Film Ateliers (BUFA) beginnt eine neue Zeit. Der Ort, an dem Weltklasse-Filme gedreht wurden, soll modern, nachhaltig und offen werden. Hier sollen sich Macher*innen verschiedener Branchen austauschen und Neues entwickeln.

Als 2016 die Besitzer wechselten, war schnell klar: Die britische Käuferfamilie zeigt ein starkes Interesse am Film, am Geschichtenerzählen und an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Gleichzeitig unterstützt sie fortschrittliche Initiativen wie Fridays for Future. Dort, wo „Emil und die Detektive“, „Cabaret“, die „ZDF-Hitparade“, „Disco“ und Musikvideos von Tokio Hotel oder David Guetta entstanden, sollen kreative Prozesse umgesetzt werden.

Noch ist die Anbindung an das angrenzende Tempelhofer Feld nicht gegeben, sie wäre aber positiv für die Entwicklung des Areals. Für einen neuen S-Bahnhof gibt es zwar Pläne, die Umsetzung aber ist verlagt. Die stillgelegte Eisenbahnbrücke könnte als Übergang dienen, eine höhere Bus-Taktung würde helfen.

Jens Fischwasser ist Direktkandidat der SPD Tempelhof für das Abgeordnetenhaus. Er findet auch, dass die vorhandene Infrastruktur nicht ausreicht: „Ich fordere, den angedachten S-Bahnhof zu realisieren und den ÖPNV an die zu erwartenden Bedürfnisse anzupassen.“



Blick auf das Gelände der Berliner Union-Film Ateliers (BUFA).

Foto: Corinna Volkmann

Das würde auch die Studierenden der MetFilm School Berlin freuen, die dort sitzt.

Parkplatzflächen werden entsiegelt und begrünt. Haus 1 wird ab Frühjahr 2021 entkernt; bis 2022 entstehen große Büros und eine Dachterrasse, die für jeden zugänglich, aber auch Drehort z. B. für Interviews sein soll. Studio 1, ein klassisches Studio, wird zur Event-Location umgebaut – mit Tageslicht, so dass Liveveranstaltungen

stattfinden und Filme gedreht werden können. Das Studio wird sich durch eine Photovoltaikanlage zu 98 Prozent selbst versorgen.

Sogar landwirtschaftlich nutzbares Gelände soll entstehen und von Landwirt*innen des Umlandes betreut werden. Hier ansässige Gastronomie, die eigene (Bio-)Produkte verarbeitet, soll Anwohnerschaft und Besucher*innen des Tempelhofer Felds anlocken. „Was hier entsteht, erfreut mich als Tempelhofer und vor allem als Koch und Gastro-

nom über alle Maßen. Die Kooperation mit Landwirt*innen und Selbstversorgung mit Energie sind vorbildlich – ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen“, findet Jens Fischwasser.

Bis 1921 lag hier der wichtigste Filmproduktionsstandort Deutschlands. Hundert Jahre später wird hier nicht nur der Spielfilm zur historischen Wannseekonferenz gedreht, sondern die BUFA schreibt Zukunft.

Corinna Volkmann

Frauen in der Pandemie

Warnung vor Folgen: Anstieg von häuslicher Gewalt und Überforderung

Die Soziologin Jutta Allmendinger schlägt Alarm. Die Corona-Pandemie bedrohe die von Frauen erreichten Fortschritte, warnt die Chefin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB). Drei Jahrzehnte könnten verloren gehen.

Auch das Gutachten zum Dritten Gleichstellungsbericht, der seit 2011 in jeder Legislaturperiode erscheint und im Januar an Franziska Giffey übergeben wurde, zeigt potenziell negative Folgen der Pandemie für die Gleichstellung auf. Wenn beispielsweise mobiles Arbeiten und die damit verbundenen Technologien nicht geschlechtergerecht und partnerschaftlich gestaltet werden,

könne die Aufteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit einmal mehr auf Kosten von Frauen gehen. Dieser Entwicklung muss frühzeitig entgegengearbeitet werden, so die Schöneberger Professorin Dr. Aysel Yollu-Tok, Sachverständige für den Dritten Gleichstellungsbericht.

Doch allen Warnungen zum Trotz – es geht auch anders. „Ich eiere ganz schön rum“, schildert Mareijke Höppner ihr Leben mit der Pandemie. Neben dem Beruf und der Betreuung der kleinen Tochter kommt noch das Amt als Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV hinzu. Zum Glück könne

sie sich die Arbeit mit ihrem Partner Jan Rauchfuß teilen.

In vielen Familien tragen jedoch Mütter die Hauptlast. Selbst bei Paaren, in denen beide Partner vollzeiterwerbstätig sind, verbringen Mütter (3,7 Stunden/Tag) deutlich mehr Zeit mit Kinderbetreuung als Väter (2,5 Stunden/Tag). Wenn Väter nicht verstärkt in die Pflicht genommen werden, verstärkt sich dieses Ungleichgewicht in der Krise.

Von einer großen Herausforderung, die sie nur gemeinsam mit ihrem Mann gemeistert habe, spricht auch die Diakonin Hanna Warsaw. Manchmal sei sie angespannt, wenn die vier und acht Jahre

alten Kinder Aufmerksamkeit wollten, während sie in einer Telefonkonferenz sitze. Beim zweiten Lockdown habe alles besser funktioniert.

Andere Frauen machen weitaus schlimmere Erfahrungen. Sie wurden Opfer häuslicher Gewalt. Schon vor der Pandemie war etwa jede vierte Frau mindestens einmal Opfer von Gewalt durch ihren (Ex-)Partner. Manuela Harling, Frauenpolitikerin der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg, spricht von einer signifikanten Zunahme. In Berlin werden deshalb zwei weitere Frauenhäuser eingerichtet.

Johanna Storck · Volker Warkentin

Gründung der Grazer-Platz-Initiative

Anwohner*innen wollen schöner leben

Friedenau ist bekannt für seine aktive Zivilgesellschaft. Hier möchten die Menschen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten. Daher haben sich in Friedenau schon mehrere Gestaltungsinitiativen wie die Breslauer-Platz-Initiative oder die Friedrich-Wilhelm-Platz-Initiative erfolgreich gegründet und mit viel Geduld und fachlichem Wissen diese Plätze mitgestaltet.

Auch der Grazer Platz ist ein Ort, an dem sich die Nachbarschaft gerne trifft. Im Frühling und Sommer wird der Grazer Platz zu einem einzigen Kieztreff. Jede Bank und jede Sitzmöglichkeit werden genutzt, um erbauliche Stunden mit



Der Grazer Platz in Friedenau.

Foto: Orkan Özdemir

nachbarschaftlichen Gesprächen zu verbringen. Dies passiert jedoch unter Bedingungen, die den Ansprüchen und Bedürfnissen des Kiezes nicht genügen.

Eine Postkarten-Umfrage der SPD Friedenau im Herbst letzten Jahres hat ergeben, dass die Anwohner*innen sehr genau wissen, was sie wollen und was sie brauchen. Es war nur folgerichtig, dass sich 40 Anwohnerinnen (kein Mann) entschlossen haben, eine Initiative zu gründen, um sich für eine Aufwertung des Grazer Platzes stark zu machen. Die Initiative hatte bereits einige Arbeitstreffen, in denen sie weitere Ideen gesammelt, priorisiert und dokumentiert hat.

Eine der ersten Maßnahmen war ein Brief an die BVG und dessen Gremien, um die Taktung und die Fahrzeiten des 246er-Busses zu erweitern. Eine Unterschriftenaktion zur Reaktivierung des historischen Brunnens läuft noch. Am Grazer Damm gibt es rund 3000 Haushalte. Für diese muss die Grünanlage am Grazer Platz so umgestaltet werden, dass er den Menschen eine gute Möglichkeit zum Verweilen bietet. Aktuell ist sie ungepflegt und wird als Hundeauslaufplatz missbraucht. Wir sind uns sicher: Wir werden noch einiges von dieser Initiative hören.

Antje Schwarzer
Emine Batur